

Ökonomen warnen vor Anleihekäufen durch EZB

BERLIN (AFP) - Deutsche Wirtschaftsexperten haben die Europäische Zentralbank (EZB) erneut vor dem möglichen Ankauf von Staatsanleihen aus Euro-Krisenstaaten gewarnt. Kurzfristig möge dies „als ein bequemer Ausweg“ erscheinen, sagte der Ökonom Kai Konrad, der Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums ist, der „Welt am Sonntag“. „Mittel- und langfristig gefährdet die EZB damit aber den Euro und opfert sich am Ende selbst.“

Ein solcher Ankauf „schürt nur noch die Unsicherheiten und Instabilitäten“, sagte der „WamS“ auch der frühere EZB-Chefökonom Jürgen Stark. Zudem laufe die EZB Gefahr, künftig in noch mehr politische Krisen hineingezogen zu werden, warnte im selben Blatt die Europa-Chefökonomin der Investmentbank Morgan Stanley, Elga Bartsch.

Der Chef des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, kritisierte im Berliner „Tagesspiegel“ einen Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB als „monetäre Staatsfinanzierung“. Leidtragende seien dann „die deutschen Steuerzahler, die als stille Eigentümer der EZB das Risiko tragen“.

Zuvor hatte sich im Magazin „Spiegel“ auch die deutsche Vertreterin im EZB-Direktorium, Sabine Lautenschläger, zum jetzigen Zeitpunkt gegen einen Ankauf von Staatsanleihen durch die Zentralbank ausgesprochen. Nutzen und Risiken eines solchen Programms müssten in einem „vernünftigen Verhältnis“ stehen, was derzeit nicht der Fall sei, sagte Lautenschläger.

Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, warnte unterdessen davor, Griechenland aus der Euro-Zone herauszudrängen. „Es muss unser Ziel sein, Griechenland in der Euro-Zone zu halten“, sagte er der „WamS“. Das Land habe seine Bereitschaft unter Beweis gestellt, harte und umfassende Reformen anzugehen.

Billiges Benzin steht Elektromobilität im Wege



Tanken ist derzeit günstig - aber für wie lange noch? FOTO: DPA

FRANKFURT (dpa) - Die niedrigen Preise an den Tankstellen erschweren es den Autoherstellern nach Einschätzung des Branchenverbandes VDA, mehr Elektroautos zu verkaufen. „Kurzfristig wird es schwieriger, alternative Antriebe in den Markt zu bringen“, sagte VDA-Präsident Matthias Wissmann der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er rechnet allerdings damit, dass Mineralöl mittel- und langfristig „knapper und teurer“ werde und fordert daher umfangreiche Investitionen.

Wir müssen jetzt den Weg bereiten, um der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen“, sagte Wissmann. „Bund, Länder und Gemeinden sollten sich zu einer breiten Beschaffungsinitiative durchringen und in Ladesäulen und Elektroautos investieren. Auch die private Energiewirtschaft ist hier gefordert.“ In den nächsten zwei Jahren sollte es eine Verdoppelung der öffentlichen Ladeinfrastruktur auf dann 8000 Stationen geben.

Mindestlohn für Praktikanten beunruhigt die Gemüter

Bei einer Dauer von mehr als drei Monaten werden künftig in der Regel 8,50 Euro pro Stunde fällig

MÜNCHEN (dpa) - Einen Fuß in die Tür bekommen beim Wunschberufgeber und erste Berufserfahrungen sammeln - vielen jungen Leuten gelingt das am besten mit einem Betriebspraktikum. Unter bestimmten Voraussetzungen haben sie jetzt auch Anspruch auf den Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Wie stark sie letztlich davon profitieren werden, bleibt allerdings abzuwarten. Denn manche Unternehmen könnten angesichts höherer Kosten bei der Praktikumsvergabe künftig auf die Bremse treten.

Rund 600 000 Praktikanten, darunter auch viele Schüler, schnuppern nach Erhebungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung jährlich in deutschen Unternehmen ins Berufsleben hinein - zur Dauer und Bezahlung gibt es bisher allerdings kaum belastbare Daten. Vor allem Hochschulabsolventen, die nach dem Studienabschluss ein freiwilliges Praktikum absolvieren, gehören seit Jahresbeginn zu den Mindestlohn-Anwärtern. Pflichtpraktika dagegen sind von der Regelung ausgenommen.

Bei den größten deutschen Konzernen dürften Studienabschließer auch künftig noch gute Chancen haben. Auch wenn es mancherorts Zählneknirschen über die Mehrkosten gibt, wollen sie ihre Vergabepraxis im Großen und Ganzen beibehalten, wie auch eine „Spiegel“-Umfrage ergab. „Wir werden unsere Praxis nicht ändern, weil wir der Meinung sind, dass das ein wichtiger Teil der beruflichen und akademischen Ausbildung ist“, sagt beispielsweise ein Sprecher des Autobauers BMW. Von den jährlich rund 4000 Praktika bei dem weiß-blauen Autobauer dürfte rund die Hälfte künftig unter die Mindestlohn-Regelung fallen.

Auch die Allianz plant keine Einschränkungen. Rund 800 Euro bekommen Absolventen eines Pflichtpraktikums bei dem Münchner Versicherungsriesen, für ein freiwilliges Praktikum ist die Bezahlung angesichts des Mindestlohns fast doppelt



8,50 Euro Mindestlohn - das soll künftig unter bestimmten Voraussetzungen auch für Praktikanten gelten. FOTO: DPA

so hoch. Andere Unternehmen dagegen wollen schon gewisse Stellschrauben nutzen: Beim Sportartikel-Hersteller Adidas beispielsweise gilt zwar generell weiter die Regel, dass immer der beste Kandidat für eine Position ausgewählt wird, wie eine Unternehmenssprecherin hervorhebt - bei zwei gleichwertigen Bewerbern werde aber derjenige mit einem Pflichtpraktikum bevorzugt.

Belastung für Unternehmen steigt
Vor diesen Konsequenzen der Neuregelung warnt auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). „Der gesetzliche Mindestlohn verteuert freiwillige Praktika, die allein dem Zweck

den, die Beschäftigungsfähigkeit von Studierenden zu erhöhen“, sagt Irene Selting, BDA-Expertin für berufliche Bildung. „Dies führt für Unternehmen zu neuen Belastungen und wird im Ergebnis weniger Praktikumsplätze bedeuten.“ Man sei auch in Gesprächen mit der Hochschulrektorenkonferenz, dass Praktika verstärkt in Studienordnungen eingebunden werden. Allerdings müsse darauf geachtet werden, dass sich Studienzeiten dadurch nicht zu sehr verlängern.

Ein Thema dürfte das vor allem bei den geistes- und sozialwissenschaftlichen Studienfächern sein, die landläufig als weniger praxisnah gelten als beispielsweise Elektrotechnik oder Maschinenbau. So macht man sich beispielsweise an der Technischen Universität München keine Sorgen um mögliche Einschränkungen bei Praktika: „Dazu ist der Arbeitsmarkt viel zu gut. Die Studierenden gehen in der Regel nach der Ausbildung sofort in den Beruf“, sagt ein TU-Sprecher.

Mehr Einschränkungen könnte es dagegen in Kreativ-Branchen geben. Aber auch kleine und mittlere Unternehmen, die nur wenig Kapazitäten zur Umsetzung des komplexen Regelwerkes haben, dürften künftig zu rechtshaltender werden, heißt es in Arbeitgeberkreisen.

Schon vor der Einführung des Mindestlohns hatten beispielsweise einzelne Werbeagenturen angekündigt, künftig auf Praktikanten ganz oder teilweise verzichten zu wollen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist trotzdem davon überzeugt, dass der Mindestlohn auch in diesen Branchen der richtige Weg ist. „Da werden Praktikan-

ten an vielen Stellen als billige Arbeitskräfte eingesetzt“, sagt DGB-Bundesjugendsekretär Florian Hagemmiller. Wie die Unternehmen die neuen Regeln umsetzen, bleibe

vorerst abzuwarten. Seine Erkenntnisse will der Gewerkschaftsbund aber noch in diesem Jahr in einem „Schwarzbuch Praktikum“ zusammenstellen.

Kommentar

Von Tanja Schuhbauer

Faires Geld für Hochschulabsolventen

Der Praktikantenstatus ist ein dehnbare Begriff: Es gibt Schüler, die ein kurzes Schnupperpraktikum machen, ihren Kollegen über die Schultascher schauen und für Unternehmen zeitintensiv sind. Es gibt Studenten, die in Pflichtpraktika zum ersten Mal ihr Gelerntes in der Praxis ausprobieren. Dass solche Praktikanten noch keinen Mindestlohn erhalten, ist noch zu rechtfertigen.



über längere Zeiträume selbstständig und fachkundig erste eigene Projekte. Gleichzeitig stehen viele junge Akademiker vor einem Berg Studienschulden, die sie abstoßern müssen. Aber Arbeitgeber erwarten ganz selbstverständlich erste Berufserfahrung im studierten Fach. Wenn solche Berufseinsteiger folglich erstmal am Band, in der Kneipe oder beim Paketdienst jobben müssen, um sich die Erfahrung als Praktikant im eigenen Fach überhaupt leisten zu können, läuft etwas gewaltig schief.

Anders ist das bei fertigen Hochschulabsolventen mit Mitte oder Ende 20 - häufig mit vorangegangener Berufsausbildung und kostspieliger Auslandsaufenthalte, für die ein Praktikum das Sprungbrett zum ersten richtigen Job sein soll. Dass diese Leute wenigstens Mindestlohn erhalten, ist mehr als überfällig. Schon viel zu lange werden engagierte, junge Akademiker - ausgenommen die unworbenden Ingenieure - in begehrten Branchen als billige Arbeitskraft verheizt. Das darf nicht sein. Sie sind längst keine Schüler oder Lehrlinge mehr, sondern übernehmen

Manchen Branchen wird das Überleben ohne billige Dauerpraktikanten schwerfallen. Vor allem in der Kreativ-, Tourismus- und Kulturbranche werden einige Betriebe ohne diese idealistischen Nachwuchskräfte, deren Sinn wichtiger ist als das große Geld, schwer überleben können. Aber wer sein Geschäftskonzept auf Unterbezahlung aufbaut, verliert das Gleichgewicht zurecht.

t.schuhbauer@schwaebische.de

Regelungen für Praktikanten

Seit dem 1. Januar haben auch Praktikanten grundsätzlich Anspruch auf den Mindestlohn - doch es gibt Ausnahmen. Dazu gehören sogenannte Pflichtpraktika, also solche Praxisaufenthalte, die aufgrund bestimmter schulrechtlicher Bestimmungen, Ausbildungs- oder Studienordnungen vorgeschrieben sind. Praktikanten, die freiwillig und nicht länger als drei Monate in ein Unternehmen oder eine Institution hineinschnuppern, haben keinen Anspruch auf Mindestlohn, wenn das Praktikum der Berufsorientierung dient oder ausbildungs- und studienbegleitend geleistet wird. Bei einer Dauer von mehr als drei Monaten wird aber auch für solche Praktika der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde fällig, und zwar

dann vom ersten Tag an. Das gilt sowohl, wenn das Praktikum von vorherigen länger als drei Monate dauert, als auch, wenn ein auf drei Monate befristetes Praktikum über drei Monate hinaus verlängert wird, wie es in einer Broschüre des Bundesministeriums für Arbeit heißt. Praktikanten außerhalb einer Ausbildung oder eines Studiums, die eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Studienabschluss vorweisen können, haben Anspruch auf den Mindestlohn. Vom Mindestlohn ausgenommen sind dagegen Praktika im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung nach dem Sozialgesetzbuch, Drittes Buch, sowie Maßnahmen einer Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz. (dpa)

Gutverdiener verschwenden mehr Lebensmittel als Arme

Studie zeigt, dass die meisten Verbraucher regelmäßig Nahrungsmittel wegwerfen

Von Wolfgang Mülke

BERLIN - Die Verbraucher in Deutschland verschwenden immer noch zu viele Lebensmittel. Eine Mehrheit der Haushalte wirft mindestens einmal monatlich Brot, Obst oder Gemüse in den Abfallimer. Dies geht aus einer bislang unveröffentlichten Studie des Instituts Forsa im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums hervor, die der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegt. 37 Prozent der Befragten schätzen sogar, dass sie mindestens einmal in der Woche Lebensmittel entsorgen“, heißt es darin.

Das Verhalten der Verbraucher hängt stark vom Einkommen ab. „Bei niedrigem Haushaltsnettoeinkommen werden Lebensmittel deutlich seltener weggeworfen als bei höhe-

rem“, stellt Forsa fest. Auch verschwendeten Ältere weniger Lebensmittel als jüngere Jahrgänge. Konsumenten zwischen 18 und 49 Jahren werfen mehr weg als die über-50-Jährigen. Offenkundig gehen die älteren Konsumenten auch gelassener mit den Angaben zum Mindesthaltbarkeitsdatum um. Jedenfalls geben sie seltener an, Nahrung zu entsorgen, weil das Haltbarkeitsdatum erreicht wurde.

Am häufigsten landen Obst, Gemüse oder Milchprodukte in der Tonne, weil sie schlecht geworden sind. Das ist fast allen Verbrauchern schon einmal passiert. Auch nicht verwertbare Reste oder Produkte, deren Haltbarkeitsdatum erreicht worden ist, wandern häufig in den Abfall. Eine Mehrheit wirft Nahrungsmittel aber

auch fort, weil sie nicht schmecken. Mit einer auf längere Zeit angelegten Kampagne will das Ministerium eine Bewusstseinsänderung erzeugen.

Denn eine vor drei Jahren veröffentlichte Studie der Universität Stuttgart hat ein gewaltiges Ausmaß an der Verschwendung wertvoller Lebens-

mittel ans Licht gebracht. Elf Millionen Tonnen Nahrung landen jährlich im Müll. Das macht fast 82 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Fast zwei Drittel dieser Menge wird von den Privathaushalten entsorgt.

Angesichts der knappen Ressourcen soll der Abfall weltweit verringert werden. Bis 2020 soll die Menge in Deutschland halbiert werden. Verschiedene Initiativen, an denen auch der Handel, die Gastronomie und die Industrie beteiligt sind, suchen nach Wegen der Abfallvermeidung. Für die Verbraucher lohnt sich der bewusste Umgang mit dem Einkauf aus dem Supermarkt. Der Stuttgarter Untersuchung nach sprach ein Vier-Personen-Haushalt 940 Euro im Jahr, wenn er so plant, dass keine Lebensmittelabfälle anfallen.



Jeder Bundesbürger wirft pro Jahr rund 82 Kilogramm Lebensmittel in den Müll. Das zeigt eine Studie der Universität Stuttgart. FOTO: DPA